

Beschlussempfehlung*

des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Dr. Barbara Höll, Dr. Dietmar Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/11746 –**

Mit mehr Gerechtigkeit die Krise überwinden

A. Problem

Mit dem Antrag wird ausgeführt, das Konjunkturprogramm II reiche zur wirksamen Bekämpfung der Wirtschaftskrise nicht aus. Das Programm und die von der Bundesregierung bzw. von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD vorgelegten Maßnahmen – „Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland“, Bundestagsdrucksache 16/11740 – sehe in zu geringem Umfang öffentliche Investitionen vor und leiste keinen wirkungsvollen Beitrag zur Belebung der Binnennachfrage. Zudem lasse das Programm soziale Gerechtigkeit vermissen und begünstige hinsichtlich der vorgesehenen steuerrechtlichen Veränderungen hohe Einkommen. Bemühungen der Bundesregierung in Richtung einer europäisch abgestimmten Konjunkturpolitik fehlten.

B. Lösung

Die Antragsteller verlangen, ab 2009 ein jährliches Programm von mindestens 50 Mrd. Euro für Investitionen in Bildung, Gesundheitswesen, Energiewende und Infrastruktur sowie zur Stärkung der Binnennachfrage aufzulegen. Hierbei seien Subventionen aus öffentlichen Mitteln nur gegen staatliche Beteiligungen zu bewilligen und mit dem sozial-ökologischen Umbau der Industrie zu verknüpfen. Zur Finanzierung staatlicher Hilfsprogramme sei eine Millionärssteuer in Höhe von fünf Prozent auf Privatvermögen von über einer Mio. Euro einzuführen. Darüber hinaus seien Banken zu vergesellschaften, Finanzgeschäfte einer stärkeren Regulierung zu unterziehen, die Bildung genossenschaftlichen Eigentums zu unterstützen, Verhandlungen über ein neues Weltwährungssystem aufzunehmen, Spekulationsgeschäfte zu unterbinden, Steueroasen zu schließen und strikte Regeln für den internationalen Kapitalverkehr zu erlassen, wie insgesamt für eine demokratische Neuordnung der Weltwirtschaft unter Berücksichtigung sozialer und ökologischer Standards aller Länder einzutreten sei.

* Der Bericht wird gesondert verteilt.

Ferner sei die Mitbestimmung, insbesondere bei staatlich subventionierten Unternehmen, zu stärken und Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge zu stoppen bzw. rückgängig zu machen. Steuern auf hohe Einkommen seien zu erhöhen, untere Einkommen sowie Bezüge der Rentner und Empfänger von ALG II seien anzuheben.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und SPD „Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland“ auf Drucksache 16/11740.

D. Kosten

Der Antrag sieht keine Angaben vor.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/11746 abzulehnen.

Berlin, den 11. Februar 2009

Der Finanzausschuss

Eduard Oswald
Vorsitzender

Olav Gutting
Berichterstatter

Gabriele Frechen
Berichterstatterin

